Karl-Werner Schunck
Exil in Skandinavien: Martin Krebs

Redaktionelle Erwägungen hatten bei der Herausgabe des ersten Bandes des „Jahrbuches" (1986) dazu geführt, den umfangreichen Beitrag über Sozialdemokraten im skandinavischen Exil – Anneliese Raabke und Martin Krebs – zu teilen. Der jetzt folgende Teil behandelt das berufliche, soziale und politische Wirken Martin Krebs' nach seiner Rückkehr aus Schweden zu Beginn des Jahres 1946. Das Schwergewicht liegt nun auf den sozialen Bedingungen in Schleswig-Holstein nach dem Kriege: Flüchtlingselend, allgemeine Not und Mangelsituation sowie Massenarbeitslosigkeit, die besonders die nachwachsende Generation hart treffen mußte. Nach vorangegangenem Verbot und trotz erlittener Verfolgung waren es vor allem Sozialdemokraten, die zuerst die Initiative ergriffen, Verantwortung übernahmen und Konzeptionen für den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wiederaufbau entwickelten.

Schleswig-Holstein heute

Dieser Beitrag soll eines ganz deutlich machen: Die Männer und Frauen, die sich von 1945 an für ein neues Deutschland engagierten, handelten nicht von irgendeinem Nullpunkt aus. Für sie gab es keine „Stunde Null". Sie brachten ihre Erfahrungen aus Weimarer Republik und „Drittem Reich" mit. Und einige auch die Erfahrungen aus der Emigration und ihren jeweiligen Exilländern, in denen sie Asyl gefunden hatten.

Durchaus problematisch waren Situation und Erfahrungshintergrund vieler Daheimgebliebener. Die Reaktionen auf extreme Situationen, auf die Verfolgung und Unterdrückung durch den Naziterror sowie auf Gewissenskonflikte, in die jeder rasch kommen konnte, aber auch auf die mögliche Verführung durch eine ungeheure Propaganda sind sicher sehr unterschiedlich gewesen. Die im Laufe des Jahres 1945 wiedererstandene SPD war somit ganz sicher nicht nur ein strahlender Jungsiegfried der neuen Demokratie.

Willy Brandt gehörte zu den ersten Emigranten, die Ende 1945 Gelegenheit erhielten, nach Deutschland zu reisen, und zwar noch ehe die endgültige Rückkehr möglich gewesen wäre. In seinem Fall gelang es als Berichterstatter von den Nürnberger Prozessen für die norwegische Presse. Brandt schilderte seine Eindrücke in einem ausführlichen Referat vor der Stockholmer Emigrantengruppe, das im Januar 1946 in den „Mitteilungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Schweden" wiedergegeben wurde. Durch Anneliese Raabke ist uns mündlich überliefert, daß dieses Referat viele Anwesende – darunter Walter Raabke und sicher auch Martin Krebs – ermuntert hat, ihre Rückkehr nach Deutschland nun beschleunigt voranzutreiben. Und doch gibt dieses Referat ein schonungsloses und ungeschminktes Bild über den Zustand der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland, den die Emigranten 1945 und unmittelbar danach vorfanden. Es sei daher eine längere Passage im Wortlaut zitiert:

Martin Krebs, 1940

„Aber ungeheuerlich ist der Schutt in den Köpfen der Menschen. Selbst die Pessimisten haben unterschätzt, welche Wirkungen zwölf Jahre Faschismus in den Köpfen hinterlassen würden, welche Leere und welche Dummheit in großen Massen des Vol-

kes nach dieser planmäßigen Verseuchung zu verzeichnen sind. Wir dürfen uns keinerlei Täuschung hingeben: Die Wirkung der ideologischen Beeinflussung ist sehr tief gegangen. Wir sollen alle Mitträger der neuen deutschen Arbeiterbewegung werden und dürfen daher den Aufbau nicht mit einer Lüge beginnen. Und es wäre eine Lüge, wenn wir behaupten würden, daß die Arbeiterbewegung immun geblieben ist. So kann es im Großen und Ganzen aussehen. Sie war mehr als andere immun; in Scharen füllen sie jetzt die Versammlungen. In Nürnberg sind 21 große Versammlungen an einem Tag abgehalten worden mit Leuten, die nie Mitglieder der Nationalsozialisten waren. Jeder ist natürlich verleitet, diese Behauptung aufzustellen. Kontrolliert werden kann das nur an einem Ort, wo man zu Hause war und wo man die Leute kennt. Ich habe zwei Besuche in Lübeck gemacht, um genau zu kontrollieren, was aus den Leuten geworden ist. Es hat Einbrüche gegeben unter der Mitgliedschaft bis in höchste Funktionärkader. Ich empfehle jedem, die Zahl jener aus dem Funktionärskreis zu überprüfen, die die Mitgliedschaft der NSDAP in den Jahren 1940–1942 erworben haben. Es waren Genossen, die heute sehr erstaunt sind, daß man sie nicht zur Arbeit heranziehen will, die aber soweit infiziert waren, daß sie sagen, jeder mußte damals doch sehen, daß Deutschland den Krieg gewinnen würde, und es wäre wahnsinnig gewesen, sich auch weiterhin auszuschließen. Vielleicht konnte man, so argumentierten sie damals, in der Partei Opposition machen. Man muß sehen, daß das eine Schwäche war, eine Demoralisierung. Ich sage das nicht, um die Lage schwärzer zu malen, als sie ist. Es gibt eine Schicht treuer Genossen. Aber diese Sache gehört zum Gesamtbild."[1]

Für diejenigen Sozialdemokraten, die dem Druck der Anpassung nur bedingt widerstanden hatten, stellten die zurückgekehrten Emigranten eine moralische Herausforderung dar. Dies galt umgekehrt auch für diejenigen Sozialdemokraten, die nach aktivem Widerstand und erlittener Verfolgung das „Dritte Reich" in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern überlebt hatten. Kann man es diesen Menschen verübeln, wenn auch einige von ihnen aus ihrer besonderen Sicht Schwierigkeiten in ihrem Verhältnis zu den Emigranten hatten, die es doch – scheinbar – leichter gehabt hatten?

Walter Pöppel, der wie Willy Brandt im Oktober 1944 von der SAP zur SPD zurückgefunden hatte, berichtet in seinen Lebenserinnerungen über einen Besuch Kurt Schumachers 1947 in Schweden. Sein Referat vor den noch in Schweden weilenden Emigranten und vor schwedischen Gästen sei im Ton und Inhalt aggressiv und abweisend gewesen. Weiter führt er aus:

„Anläßlich des Schumacherbesuches hatten Otto Friedländer, Walter Pöppel und noch einige Mitglieder des Vorstandes der deutschen sozialdemokratischen Emigrantengruppe eine besondere Besprechung mit ihm, wobei auch die Heimkehr der Emigranten zur Sprache kam. Leider gab es auch nicht die geringsten Hinweise oder Vorschläge. ‚Das muß jeder selber ordnen', so lautete Schumachers kurzgefaßte Antwort. Das konnte viel-

[1] „Mitteilungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Schweden", Nr. 1, Januar 1946, Arbetarrörelsens Arkiv och Bibliotek Stockholm, SPD, Sverige, Bd. 2.

leicht jemand, der in seinen Heimatort zurückging und dort Verwandte oder Freunde hatte; es war aber schwieriger für jeden, der in Westdeutschland fremd war."[2]

Die Reserviertheit, denen die zurückgekehrten Emigranten z. T. selbst in den eigenen Reihen begegneten, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Vorbehalte maßgeblicher bürgerlicher Kreise ganz anderer Art waren. Diese machten selbst vor der Verleumdung der Vertriebenen und Zwangsausgebürgerten des „Dritten Reiches" nicht halt, um die eigene Verstrickung oder gar Schuld zu überdecken. Erinnert sei noch einmal an den Ausspruch Kai-Uwe von Hassels auf dem CDU-Landesparteitag in Heide 1960:

„Ich kann diese Schicksalsgemeinschaft nicht verlassen, wenn es mir persönlich gefährlich erscheint, und ihr wieder beitreten, wenn das Risiko vorbei ist."

Die Schilderung eines konkreten Lebenslaufs eines Emigranten, seines politischen und sozialen Engagements, soll auch ein Beitrag sein, die Infamie eines solchen Ausspruchs offenzulegen.

Rückkehr nach Deutschland

Nachweislich hatte Martin Krebs sich gleich nach der Kapitulation des Naziregimes um seine Rückkehr nach Deutschland bemüht. Für ihn als Sozialdemokraten lag es nahe, die Einreise in die westlichen Besatzungszonen anzustreben. Doch wurde von westalliierter Seite nichts unternommen, um die Rückkehr der Emigranten zu erleichtern. Auch Krebs' Problem war, daß er ja nicht aus dem westlichen Teil Deutschlands stammte und er auch sonst nur wenige Beziehungen dorthin hatte.

Wie im ersten Teil ausführlich geschildert, nutzten die nach Schweden emigrierten Sozialdemokraten und Gewerkschafter die ihnen bis zu ihrer Rückkehr nach Deutschland aufgezwungene Wartezeit, um in ihrer Exilheimat eine intensive und umfangreiche Hilfstätigkeit aufzubauen. Sobald dies möglich war, gingen zahlreiche Hilfssendungen in das zerstörte und hungernde Deutschland. Zunächst galt die Hilfe den nach Schweden geretteten Opfern aus den Konzentrationslagern der Nazis. Martin Krebs hatte dabei eine führende Rolle gespielt. Zu den von ihm betreuten ehemaligen KZ-Häftlingen gehörte Frau M. aus Eckernförde, die mit Hilfe der Bernadotte-Aktion[3] aus dem KZ Auschwitz entkommen war.

Ende Januar 1946 wurde der erste Transport von Rückkehrern aus Schweden zusammengestellt. Er umfaßte vornehmlich befreite ehemalige KZ-Häftlinge. Frau M. aus Eckernförde berichtete uns:

„Ich wollte mit dem ersten Schiffstransport, der überhaupt organisiert wurde, nach Deutschland zurück. Martin Krebs wollte auch so schnell wie möglich zurück. Dann traf es sich so, daß er diesen Transport bekommen hat. Seine Aufgabe war es, uns als Betreuer zu begleiten."

Der Empfang in Lübeck durch die britischen Besatzungsbehörden muß ernüchternd gewesen sein. Wie die anderen politischen Emigranten auch, mußte Martin Krebs zunächst meh-

[2] Walter Pöppel, „Deutschlands verlorene Jahre 1933–1945 – Betrachtungen aus der Emigration", Författares Bokmaskin, Stockholm 1986, S. 230.

[3] Man vergleiche die kommentierte Bilddokumentation von Korte/Schwarz in diesem Band.

rere Wochen in einem Internierungslager zubringen, obwohl man gerade solche Menschen doch für den Wiederaufbau Deutschlands in demokratischem Geist dringend benötigt hätte. Krebs konnte seine Entlassung aus dem Lager schließlich erreichen, indem er sich u. a. auf den britischen Außenminister Bevin, den er durch seine internationale Gewerkschaftsarbeit kannte, berufen konnte[4].

In Eckernförde

Frau M. in diesem Zusammenhang:

„Eigentlich wollte er ja nach Berlin. Aber dort ließ man ihn nicht hin. Da habe ich ihm gesagt, daß er mitkommen könne nach Schleswig-Holstein, das zur Britischen Zone gehörte. Meine Eltern wohnten damals auf dem Lande in der Nähe von Eckernförde, in Lehmsiek. Er hat dann gegenüber von uns in dem Landgasthaus gewohnt. Meine beiden Brüder waren ebenfalls wie durch ein Wunder aus dem KZ Auschwitz zurückgekehrt. Sie arbeiten nun bei der Kreisverwaltung in Eckernförde und haben sehr schnell den Kontakt vermittelt, so daß Martin Krebs auch bald bei der Kreisverwaltung tätig werden konnte. Wir haben dann in Eckernförde ein kleines Siedlungshaus bekommen. So kommt es, daß wir eine Reihe von Jahren gemeinsam in einer Wohnung gelebt haben."

Hilfe für Eckernförde aus Schweden

Eckernförde ist zu dieser Zeit mit Flüchtlingen überfüllt, die u. a. in den verschiedenen Lagern untergebracht werden, die während des Krieges Tausenden von Dienstverpflichteten für die Torpedoversuchsanstalt (TVA) und verschleppten Zwangsarbeitern als Unterkunft gedient haben. Nachdem die TVA als Arbeitgeber ausgefallen ist, fehlt es an einer ausreichenden wirtschaftlichen Grundlage, um die Versorgung dieser Menschen zu sichern. Martin Krebs gelingt es, einen großen Teil ausländischer Hilfsgüter nach Eckernförde zu lenken. Frau M.:

„Er hat versucht, für all die Flüchtlinge hier etwas zu tun. Er hatte ja die Verbindung nach Schweden. Kontaktperson dort war die Gräfin Hamilton. Wir kriegten waggonweise Kleidung, wirklich schöne Sachen, und sehr viel Lebensmittel, darunter reichlich Butter und Schinken. Die Hilfsgüter wurden über Lübeck geleitet. Martin Krebs ist oft mit einem Lastwagen dorthin gefahren. Wir haben die Sachen dann hier in unserer Wohnung sortiert, und Martin Krebs sorgte dann für die Verteilung. In der Nähe der alten ‚TVA-Nord' hatten wir eine Halle. Und dorthin konnten die Flüchtlinge kommen und sich etwas abholen. Mehrere Frauen von der Arbeiterwohlfahrt haben beim Sortieren und Verteilen geholfen. Aber ein Großteil der Hilfstätigkeit spielte sich bei uns zu Hause ab. Zu Weihnachten und an anderen Feiertagen haben wir hübsche Tische gedeckt und viele Flüchtlinge mit ihren Kindern zum Essen etc. eingeladen. Das hat uns viel Freude gemacht."

Man muß sich dies noch einmal vergegenwärtigen: Da sind zwei ehemalige Verfolgte des Naziregimes nach Deutschland

[4] So die Aussage der späteren Sekretärin von Krebs, Frau S., gegenüber den Verfassern in einem Gespräch 1984.

Weihnachten 1946 – Martin Krebs (hinten rechts) bei einer Bescherung von Flüchtlingskindern in seiner Wohnung in Eckernförde (aus Privatbesitz)

zurückgekehrt, der eine aus dem Exil, die andere aus dem Konzentrationslager. Beide haben es in den Jahren zuvor nicht leicht gehabt und z. T. unvorstellbar Schweres durchgemacht. Und diese Menschen verwenden nun ihre ganze Energie darauf, anderen in Not Geratenen zu helfen – Menschen, von denen sie nicht wissen können, ob sie oder ihre Eltern und nächsten Angehörigen nicht zu den Verfolgern und Peinigern von gestern gehört haben. Frau S. aus Eckernförde, die ab 1947 als Sekretärin für Krebs arbeitete, erinnert sich an diese Hilfstätigkeit:

„Durch Vermittlung der Gräfin Hamilton in Schweden kamen viele Pakete mit der Aufschrift ‚för Tysklands barn', die Martin Krebs mit dem LKW aus dem Sammellager in Lübeck holte. Damals war hier im Gut Altenhof bei Eckernförde ein Kinderheim eingerichtet. Dort waren vor allem elternlose Flüchtlingskinder untergebracht. Diese Kinder hat Martin Krebs vor allem mit Hilfsgütern versorgt. Das war jedesmal ein großes Erlebnis."

Neben die karitative Arbeit trat – selbstverständlich – das politische und gewerkschaftliche Engagement. Dem Kreisvorstand der SPD gehört Krebs von 1946–1952 an. In der gleichen Zeit (bis 1951) ist er Vorsitzender des DGB-Kreisverbandes Eckernförde. Mitglied des Kreistages ist er von 1946 bis 1970 (ab 1955 als stellvertretender Kreispräsident); der Ratsversammlung der Stadt Eckernförde gehört er von 1948 bis 1970 an, und zwar 1950–51 und 1964–70 als Bürgervorsteher (zwischenzeitlich als stellvertretender Bürgervorsteher).

Stichworte, die das weitere Wirken von Martin Krebs markieren: Kreisbaugenossenschaft Eckernförde und Aufbau der

‚Hauptabteilung Arbeit' im Ministerium für Arbeit, Wohlfahrt und Gesundheitswesen des sozialdemokratischen Ministers Kurt Pohle.

Das umfangreiche kommunalpolitische Wirken soll hier nicht in allen Einzelheiten aufgezeigt werden. Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang aber Martin Krebs' Tätigkeit im Rahmen der Kreisbaugenossenschaft – später „Gemeinnütziges Wohnungsbauunternehmen e. G." (GWU), in deren Aufsichtsrat er ab 1948 und in deren Vorstand er ab 1957 bis zu seinem Tode wirkte. Durch umfangreiche Bautätigkeit konnte die ärgste Wohnungsnot beseitigt werden („Barackenräumprogramm"). Die Verhältnisse gestatteten es zunächst noch nicht, besondere zukunftsweisende Konzeptionen für den Wohnungsbau zu entwickeln. Gebaut wurden mehr oder weniger Einheitsbauten ohne kostenintensive Extras, wann immer Mittel zur Verfügung standen, um zunächst die enorme Warteliste von Wohnungssuchenden abzubauen. Damals entstanden in Eckernförde u. a. die Wohnhäuser in der Doroteenstraße und in der Cäcilienstraße sowie im „Ostlandviertel". Hinzu kam die Errichtung von Kleinsiedlungen und später mehr und mehr von normalen Einfamilienhäusern. Sein besonderes Engagement richtete Martin Krebs auf die Errichtung von Altenwohnungen, und zwar nicht zuletzt auch in kleineren Orten des Kreisgebietes.

Zu den prägenden politischen Persönlichkeiten der ersten Nachkriegsjahre in Eckernförde gehörten Eugen Lechner und Kurt Pohle. Kurt Schulz, seit 1969 Bürgermeister in Eckernförde, erinnert sich:

„Kurt Pohle, Eugen Lechner, Martin Krebs und schließlich ich selbst als damals noch recht junger Mann bildeten zusammen ein politisches Gespann."

Eugen Lechner vertrat den Eckernförder Wahlkreis im Landtag, bevor er zum Bürgermeister der Gemeinde Einfeld/Neumünster gewählt wurde. Kurt Pohle wurde 1947 in der ersten frei gewählten, sozialdemokratisch geführten Landesregierung unter Hermann Lüdemann Minister für „Arbeit, Wohlfahrt und Gesundheitswesen" (Sozialminister).

Der Aufbau der „Hauptabteilung Arbeit" im Ministerium für Arbeit, Wohlfahrt und Gesundheitswesen

Zum 1. Juli 1947 holte Pohle Martin Krebs in das Ministerium und vertraute ihm mit dem Dienstrang eines „Oberregierungsrats" die Leitung der „Hauptabteilung Arbeit" an. Man geht wohl nicht fehl in der Einschätzung, daß dieser (Haupt-)Abteilung in den Jahren des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und des gesellschaftspolitischen Neubeginns eine Schlüsselrolle zufallen sollte. Die Anfänge waren bescheiden. Frau S. aus Eckernförde erinnert sich:

„Ich kam am 1. August 1947 als Sekretärin zur Hauptabteilung Arbeit; Martin Krebs hatte am 1. Juli angefangen. Wir waren zunächst nicht mehr als sechs Personen: Martin Krebs, zwei Beamte des gehobenen Dienstes, zwei Sachbearbeiter und ich. Als erstes wurde die Gewerbeabteilung unserer Abteilung zugeordnet, danach die Arbeitsgerichtsbarkeit, dann das

Landesarbeitsamt – die eigenständige ‚Bundesanstalt für Arbeit' in Nürnberg gab es noch nicht. Mit der Zuordnung des Landesarbeitsamtes wurden drei Bedienstete von dort als Verbindungsleute zu uns abgestellt. Dann kam die Sozialversicherung hinzu. An Minister Pohle habe ich eine sehr positive Erinnerung, auch an seinen Nachfolger Professor Preller. Preller war zugleich Wirtschaftsminister, so daß das Ministerium zwischenzeitlich die Bezeichnung ‚Ministerium für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr' führte."

Leiter der „Hauptabteilung Arbeit" wurde 1949 der Jurist Hans Gramm, der in Personalunion zugleich die Position des Präsidenten des Landesarbeitsgerichts innehatte. Offensichtlich wurde eine solche Verkoppelung von Funktionen der Exekutive und der Judikative noch nicht in der Weise kritisch gesehen, wie dies heute zweifellos der Fall wäre. Doch dürfte auch damals klar gewesen sein, daß jedenfalls der Präsident eines Landesgerichts nicht in einer untergeordneten Funktion in die zugeordnete Abteilung der Landesverwaltung eingebunden sein konnte. Martin Krebs blieb jedoch stellvertretender Abteilungsleiter und zugleich Leiter der „Arbeitsgruppe II" mit den Aufgabengebieten Arbeitsplanung, Schlichtungs- und Tarifwesen sowie Arbeitsrecht. Er behielt diese Funktion auch, als nach dem Regierungswechsel im September 1950 der sehr weit rechts stehende, NS-belastete Vertriebenenpolitiker Asbach die Leitung des Ministeriums übernahm mit der offiziellen Bezeichnung „Minister für Arbeit, Soziales und Vertriebene". Die erneute Umbenennung des Ministeriums machte die politische Akzentverschiebung deutlich. Inwieweit sich daraus Konflikte und Probleme für den „linken" ehemaligen politischen Emigranten Krebs ergeben haben, ist nicht bekannt. 1955 allerdings verlor Krebs auch seine Funktion als Leiter der „Arbeitsgruppe II"; doch wurden in diesem Jahr im Zuge einer allgemeinen Änderung der Organisationsstruktur sämtliche vergleichbaren Arbeitsgruppen aufgelöst. Neben seiner Funktion als Vertreter des Abteilungsleiters nahm er nun nur noch die Aufgabe des „Beauftragten für das Schlichtungswesen" wahr. Dabei ist zu bedenken, daß Martin Krebs schon unmittelbar vor seiner Pensionierung nach Vollendung des 65. Lebensjahres stand (März 1957).

Es kann und soll die administrative Tätigkeit von Martin Krebs hier nicht im Detail nachgezeichnet werden. Vier Schwerpunkte, die zugleich Einblick in die sozialen Verhältnisse der Nachkriegs- und Wiederaufbauphase vermitteln, sind jedoch ausführlicher zu betrachten. Das Jugendaufbauwerk (JAW) in Schleswig-Holstein, die „werteschaffende Arbeitslosenfürsorge", der Aufbau der Glasindustrie in der Flüchtlingssiedlung Trappenkamp und die Tätigkeit als Schlichter in Tarifstreitigkeiten.

Engagement für das Jugendaufbauwerk

Mit dem Ende des Krieges und dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches" war Schleswig-Holstein zum vorrangigen „Flüchtlingsaufnahmeland" geworden; gegenüber der Vorkriegszeit war die Einwohnerzahl auf nahezu das Doppelte

hinaufgeschnellt. Gewiß ließen sich in dieser fast chaotischen Situation Unterbringungs- und Ernährungsprobleme in den eher ländlichen Regionen dieses Landes leichter lösen als in den industriellen Ballungsgebieten und den zerstörten Großstädten des westdeutschen Raumes. Um so schwieriger waren die Probleme der Produktion und der Arbeitsbeschaffung in den Griff zu bekommen. Diese trafen besonders hart jüngere Menschen, die gerade erst aus der Schule entlassen oder wegen Krieg und Vertreibung nicht in den Arbeitsprozeß eingegliedert waren. Gerade unter den Flüchtlingen befand sich eine große Zahl elternloser Kinder und Jugendlicher. Oft waren die Familien aufgrund der Umstände des Krieges und der Vertreibung unvollständig (zumeist ohne Vater) oder zerrissen. Im übrigen handelte es sich um besonders geburtenstarke Jahrgänge. In einem längeren Artikel in der Schleswig-holsteinischen Volkszeitung (VZ) vom 27. Mai 1950 über das *„Jugendaufbauwerk in Schleswig-Holstein"* gab Martin Krebs einen Überblick. Danach hatte die Zahl der Volksschulkinder in Schleswig-Holstein im Schuljahr 1947/48 gegenüber 1938/39 um 124,7 v. H. zugenommen, sich also mehr als verdoppelt. Der Anteil an volksschulpflichtigen Flüchtlingskindern daran betrug 43,5 v. H. Die entsprechenden Zahlen waren in allen übrigen Bundesländern wesentlich niedriger. Martin Krebs weiter:

„Vom Juni 1948 bis 31. Dezember 1949 lebten in Schleswig-Holstein 80 000 Jugendliche unter 18 Jahren. Von diesen Jugendlichen waren 11 160 ohne Beschäftigung. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Jugendliche im Alter von 14 und 15 Jahren. Eine mindestens gleiche Zahl Jugendlicher im Alter bis zu 21 Jahren kommt hinzu; es sind demnach gegenwärtig über 22 000 Jugendliche unter 21 Jahren und hiervon mindestens die Hälfte unter 16 Jahren ohne Arbeit und Lehrstelle. Die nächsten Jahre werden wegen der zur Schulentlassung kommenden geburtsstarken Vorkriegsjahrgänge eine weitere Verschärfung der Lage bringen.

Von den Ostern 1950 zur Schulentlassung gekommenen 47 000 Jugendlichen können nach begründeten Schätzungen 25 000 in Lehr- oder Arbeitsstellen vermittelt werden, so daß 22 000 Schulentlassene zu den gegenwärtig bereits vorhandenen über 22 000 Jugendlichen hinzukommen. Hiernach sind ab Ostern 1950 und 45 000 Jugendliche unter 21 Jahren – hiervon 35 000 unter 16 Jahren – ohne Arbeit und Lehrstelle. Die Landesregierung Schleswig-Holstein bemüht sich, durch Aufrufe und Verhandlungen mit der Industrie, dem Handwerk und dem Handel zusätzliche Lehr- und Arbeitsstellen für Jugendliche zu schaffen. Selbst wenn dies gelingt, wird aber ein großer Teil der Jugendlichen in den nächsten Jahren ohne Arbeitsstelle sein."

Das wesentliche Instrument, um die *„Berufsnot der Jugend zu steuern und den Gefahren der Jugendarbeitslosigkeit zu begegnen"* (M. Krebs) waren die „freiwillige Jugendarbeit" (FJA) und das „Jugendaufbauwerk" (JAW). Johann Gross aus Surendorf, von 1947 bis 1966 selbst Leiter eines FJA- bzw. JAW-Heimes in Surendorf, berichtete uns:

„Es fing an mit der freiwilligen Jugendarbeit. Zuständig war das Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein. Dort war damals Professor Mierke, der spätere Rektor der Pädagogischen Hochschule in Kiel, der verantwortliche Dezernent oder Referent. Er war sehr engagiert und hat wesentlich dazu beigetragen, daß diese freiwillige Jugendarbeit überhaupt begonnen wurde, um die Jugendlichen von der Straße zu holen. Sie kamen ja in Massen. Viele hatten ihre Eltern verloren, oder wußten nichts von ihnen – keine Familie mehr, nichts – eine kurze Büx, das war alles, was sie hatten. Und da hatte man damals den guten Gedanken: Es ist nicht damit getan, daß man ihnen ein Dach gibt, eine Hose, ein Paare Schuhe. Da hat man dann die freiwillige Jugendarbeit ins Leben gerufen. Finanziert wurde sie von der Arbeitsverwaltung, allerdings mit sparsamen Mitteln. Träger waren Gemeinden und Kreise, später bei JAW auch andere Organisationen wie die Kirche – das Diakonische Werk – oder die Arbeiterwohlfahrt."

Diese freiwillige Jugendarbeit war ein vorläufiges improvisiertes Vorhaben ohne ausreichendes konzeptionelles und finanzielles Fundament, dessen Bestand zudem durch die bevorstehende Eingliederung des „Landes-" Arbeitsamtes in die Nürnberger „Bundesanstalt für Arbeit" gefährdet war. Frau S., die als Sekretärin im Sozialministerium in einer engen Vertrauensbeziehung zu Martin Krebs stand, berichtet:

„1948 oder 1949 hatten wir eine größere Sitzung wegen der besorgniserregenden Arbeitslosigkeit der Jugendlichen. Die Initiative dazu war wesentlich von Martin Krebs ausgegangen. Soweit ich mich erinnere, nahmen an dieser Sitzung außer Minister Kurt Pohle noch Dr. Hessenauer – der spätere langjährige Leiter des Landesamtes für staatsbürgerliche Bildung – sowie Vertreter des Arbeitsamtes, der Gewerkschaften usw. teil."

Das Resultat dieser und anderer Bemühungen war das „Gesetz über das Jugendaufbauwerk" vom 13. 12. 1949. Martin Krebs schrieb in dem bereits zitierten VZ-Artikel vom 27. Mai 1950:

„In den offenen wie geschlossenen Maßnahmen werden die Jugendlichen zugleich körperlich und geistig weitergebildet. Hier wird nur gemeinnützige und zusätzliche Arbeit ausgeführt, so daß durch das Jugendaufbauwerk keine reguläre Arbeitskräfte freigesetzt werden. Im Rahmen des Jugendaufbauwerkes werden auch berufsfördernde Maßnahmen durchgeführt; insbesondere ist dabei an die Einrichtung einjähriger Grundlehrgänge gedacht, in denen die Jugendlichen unter fachkundlicher Leitung in eigenen Werkstätten ausgebildet werden sollen.

Die Landesregierung Schleswig-Holstein ist mit dieser staatlichen Betreuung der Jugendlichen gegenüber den anderen Ländern des Bundesgebietes beispielhaft vorangegangen.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie und des Handwerks hängt entscheidend von einer beruflichen Leistungsfähigkeit ihrer Facharbeit ab. Erhalten die rund 550 000 Jugendlichen, die im Jahre 1949 im Bundesgebiet die Schule verlassen haben und deren Zahl bis zum Jahre 1954 auf 800 000 steigt, keine richtige Lehrausbildung oder Arbeit, dann

ist jetzt schon der Zeitpunkt zu berechnen, wo in der deutschen Wirtschaft qualifizierte Fachkräfte fehlen werden. Es ist die Pflicht aller, hier helfend einzugreifen, damit unsere Jugend eine geordnete Berufsausbildung erhält und daß diese Ausbildungsplätze vermehrt werden und die Ausbildung vertieft wird.

Das Volk hat eine tiefe moralische Verpflichtung gegenüber der heranwachsenden Generation. Alle Kräfte in der Wirtschaft und im Volk müssen diesem brennenden Problem ihre volle Aufmerksamkeit schenken, um dadurch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entscheidend beizutragen."

Betreuung und gemeinnützige Arbeit für 10 000 Jugendliche

Nach einem Artikel in der Juliausgabe der „Statistischen Monatshefte" für Schleswig-Holstein von 1952 existierten zu Beginn des Jahres 1951 in Schleswig-Holstein 131 Einrichtungen des Jugendaufbauwerks, die über das ganze Land verteilt waren – auf dem flachen Lande wie in der Großstadt. Es handelt sich um 50 „geschlossene" (Vollheime mit Unterbringung) sowie um 81 „offene" Maßnahmen (Tagesheime). Insgesamt seien 1951 fast 10 000 Jugendliche vom JAW betreut worden, überwiegend 14- bis 16jährige. Die Heime seien im Monatsdurchschnitt mit 3500 Jugendlichen belegt gewesen. Auf drei Jungen sei ein Mädchen gekommen. Zwei Drittel der Betreuten waren Flüchtlinge. Im übrigen heißt es:

„Im Rahmen des Jugendaufbauwerkes wurden die Jugendlichen zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen, die außerhalb der Belange des allgemeinen Arbeitsmarktes liegen. In etwa 800 000 Tageswerken wurden hierbei Spiel- und Sportplätze angelegt, Grünanlagen in Flüchtlingslagern erstellt und zahlreiche andere Arbeiten wie leichter Wegebau, Ausgrabungen und Aufforstungsarbeiten durchgeführt. Gesteigerter Wert wurde der Intensivierung des Unterrichts beigemessen, ein Umstand, der

Jugendliche des JAW Surendorf beim Bau des Schulhofs für die durch Umbau einer alten TVA-Baracke errichtete zweiklassige Schule (1949)

den Jugendlichen schon insofern zugute kommt, als er ihre Vermittlung in Arbeits- und Lehrstellen erleichtert.

Im ganzen wurden im vergangenen Jahr fast 90 000 Unterrichtsstunden erteilt, davon 65 000 in den Heimen, der Rest in Berufsschulen. In derselben Zeit konnten 2400 Lehr- und 1700 Arbeitsstellen vermittelt und damit über 4000 Jugendliche untergebracht werden.

Innerhalb des letzten Jahres wurde im Rahmen des Unterrichtes besonderes Gewicht auf die berufsfördernden Maßnahmen gelegt, wie die Verdoppelung der Grundausbildungslehrgänge erkennen läßt. Bei den Jungen überwogen die Lehrgänge für metallverarbeitende Berufe, bei den Mädchen diejenigen für allgemeine Hauswirtschaft. Die Zahl der an diesen Lehrgängen beteiligten Jungen nahm von knapp 300 auf 450, die der Mädchen von 200 auf 500 zu."

Typisch dürfte das JAW in Surendorf gewesen sein, das von 1947 bis 1966 bestand. In Surendorf hatte es eine bedeutende Nebenstelle der Torpedoversuchsanstalt Eckernförde gegeben, deren militärisch bedeutsame Anlagen 1948 von den Briten gesprengt, „demontiert", worden waren. Wie in Eckernförde gab es hier eine große Zahl von Wohnbaracken, die nach dem Kriege Flüchtlingen als Unterkunft dienten. Immerhin hatten in dem kleinen Ort Surendorf einmal an die 2000 Menschen für die TVA arbeiten müssen. Dazu Johann Gross:

„Als ich 1947 hierher kam, standen die alten TVA-Baracken noch alle. Unser JAW war in einer dieser Baracken untergebracht. Auch dahinter war alles voll Baracken, das sogenannte „Flottenlager" und dann die Seestraße hinunter, um die TVA herum, runter zum Weststrand und auf der rechten Seite der alten Straße nach Krusendorf und schließlich in Dänisch-Nienhof standen Baracken. Es fing auch bei uns mit der freiwilligen Jugendarbeit an, zunächst mit zehn, dann mit zwanzig und dreißig, schließlich bis zu siebzig Jugendlichen. Wir haben alle möglichen Arbeiten für die Gemeinde gemacht. In Surendorf und in Krusendorf haben wir Teiche trockengelegt und Wegearbeiten gemacht. Dann haben wir aus den Trümmern der alten

Jugendliche des FAJ bei der Bergung von Steinen aus den Trümmern der gesprengten Torpedoversuchsanstalt (TVA) in Surendorf (1948)

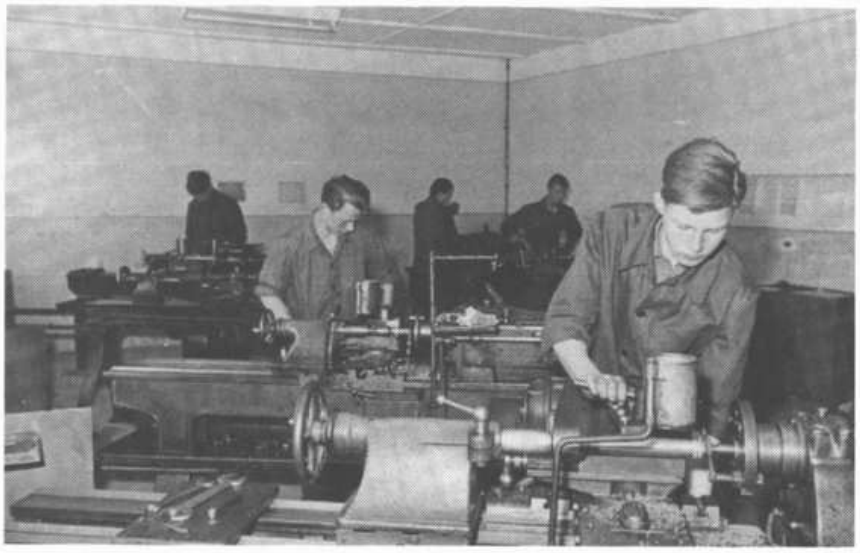
TVA Holz besorgt, Dachbalken und Dachlatten und vor allen Dingen haben wir ein halbes Jahr lang alte Ziegel aus dem TVA-Abbruch geborgen und geputzt. Mit dem Holz haben wir zunächst Zwischenwände in die Wohnbaracken eingezogen, damit die dort untergebrachten Flüchtlingsfamilien wenigsten einigermaßen getrennt voneinander leben konnten. In der Baracke, die früher einmal die Waffenmeisterei gewesen war, wohnten unsere Jungen in zwei großen Schlafsälen mit je 30–35 Mann. Dort haben wir dann Vier- bis Sechs-Mann-Stuben gebaut und alles recht ordentlich hergerichtet, so daß es wirklich den Charakter eines „Heimes" erhielt. Außerdem haben wir aus verschiedenen Barackenteilen eine neue Baracke aufgebaut, in der eine zweiklassige Schule untergebracht wurde.

1951 kam dann eine bedeutungsvolle Änderung in unserem JAW. Wir haben nun nicht mehr nur zusätzliche gemeinnützige Arbeit gemacht. Jetzt wurde es ernst mit der vorberuflichen Ausbildung. Nun wurden Werkstätten eingerichtet für Holz und Metall, für deren Bau wir unsere selbstgeputzten Ziegel verwenden konnten. Neben der berufspraktischen Ausbildung wurde viel Wert auf den theoretischen Unterricht in der Kreisberufsschule in Eckernförde gelegt. Ursprünglich wollten wir auch einen landwirtschaftlichen Zweig aufbauen. Das war vor allem die Idee von Martin Krebs, mit dem ich oft verhandelt habe, wenn es darum ging, Mittel und Materialien für den Ausbau unseres JAW zu beschaffen. Die hohen Kosten für Land und Maschinen etc. für den landwirtschaftlichen Zweig waren allerdings nicht aufzubringen.

Martin Krebs ist einer der stärksten Förderer des JAW gewe-

Einrichtung neuer JAW-Lehrwerkstätten durch Umbau einer TVA-Baracke (1951)

sen. Er hat es wann immer, wo auch immer und gegen wen auch immer engagiert verteidigt. Ich weiß, daß es für ihn nicht immer leicht gewesen ist, in Kiel die notwendigen Mittel für das JAW zu beschaffen. Aber wenn man mit ihm zu tun hatte, spürte man sein starkes soziales Engagement."[5]



Einführung von JAW-Lehrgangsteilnehmern (nach 1951) in grundlegende Techniken der Metallbearbeitung
a) Feilen
b) Drehen
c) Schmieden

[5] Gespräch mit Johann Gross, Sommer 1985.

Finanzielle Unterstüzung für das JAW kam nicht nur aus Kiel. In einem Artikel der VZ vom 19. Nov. 1949 wird berichtet:

„Von den Ausführungen, die Minister Professor Dr. Preller vor der Presse machte, verdient die Bekanntgabe eines Skandinavienplanes besondere Beachtung. Auf einer Schwedenreise hat er mit dem schwedischen Minister Moeller ein grundsätzliches Übereinkommen zur Aufnahme von 100 bis 200 schleswig-holsteinischen Jugendlichen getroffen. Sie sollen dort eine gute handwerkliche, land- oder hauswirtschaftliche Ausbildung und später, sofern sie in Schweden bleiben, auch Arbeitsplätze finden ... Skandinavische Komitees, die kürzlich Schleswig-Holstein bereisten, haben weitere Unterstützung des JAW zugesagt: Norwegen z. B. will zwei oder drei vollständig eingerichtete Lehrlingswohnheime liefern und Schweden 80 000 bis 100 000 Schwedenkronen für Lehrwerksbaracken zur Verfügung stellen."

Die guten Verbindungen, die u. a. Martin Krebs in seiner Exilzeit zu skandinavischen Freunden angeknüpft hatte, dürften auch hier hilfreich gewesen sein.

Werteschaffende Erwerbslosenfürsorge

Angesichts der hohen Erwerbslosigkeit, mit der im Flüchtlingsland Schleswig-Holstein naturgemäß nicht nur Jugendliche zu kämpfen hatten, mußte die Beschäftigungspolitik im Zentrum der Bemühungen um eine sozial ausgerichtete Politik stehen. Wie erneut in den letzten Jahren drängte sich auch damals die Überlegung auf, ob es nicht in menschlicher und wirtschaftlicher Hinsicht wirkungsvoller sei, durch gezielte Beschäftigungspolitik und Arbeitsbeschaffung den betroffenen Menschen eine sinnvolle bezahlte Tätigkeit zu ermöglichen, statt lediglich Unterstützungsleistungen zu finanzieren. Das Stichwort hieß *„werteschaffende Erwerbslosenfürsorge"*. Wesentlicher Initiator und zuständig im Bereich des Sozialministeriums war Martin Krebs, der im übrigen in seiner Gewerkschafts- und Exilzeit in enger Verbindung mit einem der entschiedensten Vorkämpfer beschäftigungspolitischer Ideen gestanden hatte: mit Fritz Tarnow. Fritz Tarnow hatte zur Zeit der Weltwirtschaftskrise zusammen mit Fritz Baade und Woytinsky das beschäftigungspolitische Programm des ADGB, den sogenannten WTB-Plan, ausgearbeitet, der – wäre er politisch zum Zuge gekommen – einen Beitrag zur Überwindung der wirtschaftlichen und letztendlich politischen Katastrophe, die in der „Machtübernahme" Hitlers gipfelte, hätte leisten können. Fritz Baade, auch daran sei an dieser Stelle erinnert, leitete nach dem Kriege das Kieler Weltwirtschaftsinstitut und vertrat als sozialdemokratischer Abgeordneter den Kieler Wahlkreis im Bundestag. Auch er war aus dem Exil (Türkei) nach Deutschland zurückgekehrt.

Heute ist die „werteschaffende Erwerbslosenfürsorge" weitgehend in Vergessenheit geraten. Man kann darüber spekulieren, ob diese Art der Beschäftigungspolitik eine wichtigere Rolle hätte spielen können, wenn nicht frühzeitig die Weichen

in Richtung auf eine liberalistische Wirtschaftspolitik gestellt worden wären, nicht zuletzt mit der Währungsreform 1948. Frau S., die seit 1947 in der „Hauptabteilung für Arbeit" mit Martin Krebs zusammenarbeitete, berichtete aus ihrer Erinnerung:

„Mit der ‚werteschaffenden Erwerbslosigkeit' fingen wir an. Hierfür wurden Gelder zur Verfügung gestellt. Damit die Arbeitslosen von der Straße kamen, bauten wir Straßen aus. Das Programm war vor allem für die arbeitslosen Tiefbauarbeiter bestimmt. Sicherlich ist der frühere Kreis Eckernförde am besten dabei gefahren. Am Anfang mußte vieles improvisiert werden. Ein findiger und aktiver Bürgermeister konnte viel für seine Gemeinde herausholen. Wenn der damalige Ministerpräsident in die Hüttener Berge, etwa auf den Aschberg, wollte, hat ihn der dort zuständige Bürgermeister von Ascheffel jedesmal einen anderen schlechten Weg fahren lassen. ‚Mein Gott', hat er dann gesagt, ‚ich habe doch schon so viele Wege bauen lassen, sind die denn noch nicht fertig?'"

Zu den damals bedeutenderen Vorhaben gehörte der Bau der Eckernförder „Umgehungsstraße" im Zuge der jetzigen B 76 von der Kreuzung Lornsenplatz bis zu den Kasernen auf der Karlshöhe, durch die der Durchgangsverkehr in Richtung Schleswig aus der Innenstadt herausgenommen wurde. Zu erwähnen wäre auch der Ausbau der Verbindungsstraße von Surendorf nach Sprenge. Hierzu J. Gross aus Surendorf:

„Es gab noch in den ersten Nachkriegsjahren keine befestigte Landverbindung von Surendorf in Richtung Kiel. Die Hauptverbindung war damals ein Liniendampfer, die ‚Sperber', die zwischen Kiel und Eckernförde verkehrte und in Surendorf anlegte. Auf dem Landweg mußte man von Surendorf nach Sprenge. Erst von dort gab es eine Busverbindung nach Kiel. Dieser ‚Sprenger Weg' war ein schlichter Sandweg zwischen zwei Knickreihen, um deren Erhalt man heute kämpfen würde. Günstige Verkehrsverbindungen nach Kiel waren ja wichtig vor allem für die tausende von Flüchtlingen, die in den alten TVA-Baracken untergebracht waren. Nachdem die Surendorfer TVA gesprengt worden war, hatte man reichlich Material für den Straßenbau: Die TVA-Steine wurden als Packlager genutzt. Heute, nach dem Ausbau der ‚Bäderstraße' (B 503, L 45 und 285) sind die Verkehrsverhältnisse im Dänischen Wohld noch einmal völlig neu gestaltet worden."

Aufbauhilfe für die Flüchtlingssiedlung Trappenkamp

Der Eindruck, Martin Krebs habe vor allem seinem neuen „Heimat"-Kreis Eckernförde bevorzugt geholfen, bedarf sogleich der Korrektur. Es war die Flüchtlingssiedlung Trappenkamp im nördlichen Teil des Kreises Segeberg, die das besondere Engagement des früheren Glasfacharbeiters und -gewerkschafters herausforderte.

In Trappenkamp, einem abseits gelegenen aufgeforsteten Heidegebiet, war während des „Dritten Reiches" auf ehemaligem Truppenübungsgelände ein bedeutendes Arsenal für Marinesperrwaffen aufgebaut worden. Gelagert und montiert

wurden hier in großem Umfang Minen, Wasserbomben, Sprengbomben etc. Der wichtigste Teil dieses Arsenals bestand aus 142 Munitionslagerhäusern verschiedener Größe, die zusammen eine Nutzfläche von ca. 15 000 qm ausmachten.[6] In zähem Ringen mit der britischen Besatzungsmacht gelang es in den ersten Nachkriegsjahren, die beabsichtigte Demontage zu verhindern. Die sogenannten „Bunker", die ehemaligen Munitionslagerhäuser, erwiesen sich als hervorragend geeignet für die Unterbringung von Flüchtlingen. Bis 1948 hatten sich etwa 850 Menschen hier angesiedelt. Von ihnen kam etwa die Hälfte aus dem Sudetenland, die nächstgrößte Gruppe bildeten die Schlesier. Unter den Sudetendeutschen wiederum waren die Gablonzer die dominierende Gruppe. Gablonz war ein Schwerpunkt der Glas- und Schmuckwarenindustrie gewesen. Der handwerklich geprägte Industriezweig vereinigte in sich eine Fülle von spezialisierten Berufen. Vor allem aus dem Ausgangsprodukt Stangenglas wurden z. B. hergestellt: Lüsterbehänge, Glasknöpfe, Perlen, Steine für Ringe, Armbänder und sonstiger Schmuck. Hinzu kamen artverwandte Produkte der „Bijouteriewaren" – Branche aus Metall, Holz, Leder, Kunststoff etc.

Mit zähem Überlebenswillen war es den Gablonzern in relativ kurzer Zeit gelungen, trotz extrem ungünstiger Bedingungen in Trappenkamp eine größere Zahl kleiner und kleinster Betriebe aufzubauen, wie es ähnlich und in größerem Stil auch in Süddeutschland und Österreich geschah. Zu Anfang des Jahres 1948 war ihre Zahl bereits auf 28 glasverarbeitende Betriebe angewachsen; hinzu kamen 16 metallverarbeitende und 12 sonstige „Gablonzer Betriebe". Beschäftigt wurden 450 Facharbeiter und rd. 250 an- und umgelernte Kräfte.

Diese „Industrie" war auf umfangreiche Zulieferung von Rohstoffen und Halbfertigwaren angewiesen, die nur unter großen Schwierigkeiten aus den weit entfernten Regionen mit traditioneller Glasindustrie zu beschaffen waren. Der Absatz, traditionell in der Hand sogenannter „Exporteure", mußte organisiert werden. Dies gelang nur durch staatliche Hilfe und festen Zusammenschluß. Das Problem der Zulieferung des benötigten Stangenglases konnte teilweise gelöst werden durch die Gründung der Trappenkamper Glashütte, die am 1. September 1948 in einem der ehemaligen Bunker eingerichtet wurde und die heute als „Glasfabrik Ernst Friedrich KG" vor allem auch Hohlglas und Kristallglaserzeugnisse („Friedrich Kristall") herstellt.

Schon im September 1946 war die „Trappenkamper Glas- und Schmuckwaren eGmbH", kurz „Genossenschaft" genannt, gegründet worden. Mitglieder waren die einzelnen Trappenkamper Betriebe, die Schmuck-, Glas- und Kristallwaren oder „Kunsthandwerk" betrieben. Für diese Betriebe sollte sie in kaufmännischen und technischen Fragen tätig werden, (Einkauf von Rohmaterial, Absatz der fertigen Produkte) sowie bei der Ansiedlung von Betrieben, der Zusammenfassung der durch die Flucht verstreuten Facharbeitskräfte, der Bereitstellung von Räumlichkeiten und nicht zuletzt bei der Beschaf-

[6] Diese und die folgenden Angaben sind der 1976 erschienenen gründlichen und detaillierten „Chronik der Gemeinde Trappenkamp" von Claus Dietrich Bechert, S. 19ff. entnommen.

fung von Zuschüssen und Krediten. Insoweit hatte sie den Charakter einer Kredit- und Aufbaugemeinschaft.

Von der Landesregierung war Martin Krebs zum „Sonderbeauftragten für Trappenkamp" bestimmt worden. Frau S., die Martin Krebs oft nach Trappenkamp begleitete, berichtet:

„Wir hatten Gelder aus dem Wiederaufbaufond zur Verfügung, die wir über die Genossenschaft verteilten, um den einzelnen Betrieben eine Starthilfe zu geben. Das war noch recht bescheiden damals. Zusammen mit der Segeberger Volksbank konnte Martin Krebs über diese Gelder verfügen. Die einzelnen Firmen sagten, was sie brauchten, und Martin Krebs kannte sich ja aus in der Glasindustrie. Und dann hieß es: ‚Wir brauchen unbedingt eine eigene Glashütte in Trappenkamp, sonst werden wir nie etwas.' Dafür vor allem wurden Gelder zur Verfügung gestellt. Aber damit war es nicht getan. Es dauerte eine ganze Zeit, bis es der Glashütte gelang, wirklich schlierenfreies Glas herzustellen. Ein großes Problem dabei war, die geeigneten Rohstoffe zu beschaffen."

Erwin Wengel, sozialdemokratischer Kommunalpolitiker der „ersten Stunde" und bis zum Ablauf der Wahlperiode im Frühjahr 1986 Bürgervorsteher der Gemeinde Trappenkamp erinnert sich:

„Ohne den Sonderbeauftragten hätte der Ort nicht gedeihen können. Martin Krebs hatte eine wichtige Mittlerrolle zu den Behörden und zu den vielen Zulieferbetrieben, auf die wir hier in Trappenkamp so dringend angewiesen waren. Wir brauchten Bezugsscheine, und wir brauchten hier etwas und da etwas. Er vermittelte, wann immer es irgendwelche Engpässe gab. Er war ein sehr sachlicher Mann, der gut mit anderen Menschen umgehen konnte. Dabei war er energisch und engagiert und konnte sich, wenn es darauf ankam, gelegentlich auch ganz schön aufregen. Er hatte keine charismatische Ausstrahlung. Das Geschäftliche lag ihm sehr, und er hatte etwas von einem Selfmade-man an sich. Aber zugleich spürte man, daß er Idealist war und ein wirkliches Herz für die Nöte der Flüchtlinge hatte."[7]

Es gibt einen Hinweis darauf, daß Martin Krebs auch versucht hat, seine Kontakte zu schwedischen Hilfsorganisationen für Trappenkamp einzusetzen. Im Zuge der Demontage hatten die Briten 1948 den gesamten ausgedehnten Waldbestand um Trappenkamp radikal abgeholzt. Die Landschaft war zur Einöde geworden. Damals war das schwedische Hilfswerk auf der Suche nach einem geeigneten Förderungsobjekt. Es kam zu einem Besuch des schwedischen Pastors Forell, der entsetzt von einer *„australischen Steppe"* gesprochen haben soll.[8] Offensichtlich gab er dieser Einödsiedlung keine Entwicklungschance. Die schwedische Hilfe kam stattdessen der bedeutenden Flüchtlingsansiedlung Espelkamp in Westfalen zugute.

[7] Gespräch mit Erwin Wengel im Herbst 1985.
[8] Chronik der Gemeinde Trappenkamp, S. 29.

Sachbearbeiter für das Schlichtungswesen

Zu den wichtigen Aufgaben, die Martin Krebs in den entscheidenden Nachkriegsjahren bis zu seiner Pensionierung im Frühjahr 1957 wahrnahm, gehörte das Amt des Schlichters in Tarifstreitigkeiten. Während der Zeit des schwedischen Exils hatte die „Landesgruppe deutscher Gewerkschafter" sich in ihren

„Vorschlägen zu Problemen des Wiederaufbaus in Deutschland" nicht nur für die Wiederherstellung des freien Koalitionsrechtes der Arbeitnehmer eingesetzt, sondern auch die Möglichkeit eines staatlich geordneten Schlichtungswesens befürwortet.[9] Im übrigen hatte Martin Krebs in Schweden ein sozialpolitisches Modell kennengelernt, das, gestützt auf die starke organisatorische Kraft der Arbeiterbewegung, auf gesicherte parlamentarisch-demokratische Rahmenbedingungen und auf der Grundlage des zwischen den großen Tarifparteien geschlossenen historischen Rahmenabkommens von „Saltsjöbaden" von 1938, einen steten sozialen Fortschritt mit vergleichsweise friedlichen Mitteln zu ermöglichen schien. Ansätze in der gleichen Richtung hatte es auch in der deutschen Geschichte seit dem ersten Weltkrieg gegeben. Durchsetzen konnte sich dieses Modell in Deutschland ansatzweise erst nach dem zweiten Weltkrieg. Andererseits waren die Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik, die sich eine gesicherte demokratische Tradition erst noch erringen sollte und deren erste Jahrzehnte durch den konservativen Einfluß der CDU geprägt wurden, eben doch andere als in Schweden. So mag zu Recht eingewendet werden, daß die relativ wirtschaftsfriedliche, ‚sozialpartnerschaftliche' Politik der DGB-Gewerkschaften nicht nur zum wirtschaftlichen Wiederaufbau beigetragen, sondern zugleich auch die gesellschaftliche und politische Restauration begünstigt hat. Dieses Problem kann hier nur angedeutet werden.

Wir sind es heute gewohnt, daß Schlichtungen von Arbeitskämpfen zustandekommen auf der Grundlage von Vereinbarungen zwischen streitenden Tarifparteien, wobei die Schlichter in der Regel von Fall zu Fall neu bestimmt werden. Das Kontrollratsgesetz Nr. 35 vom 20. 8. 1946, das auch nach Erlaß des späteren Tarifvertragsgesetzes vom 9. 4. 1949 weiter gültig blieb, sah dagegen die Möglichkeit vor, eine staatliche Vermittlungsinstanz zu schaffen. In einem Artikel des „Informationsdienstes des Ministers für Arbeit, Soziales und Vertriebene des Landes Schleswig-Holstein" vom September 1952 hieß es:

„Dieses Kontrollratsgesetz betreffend Ausgleichs- und Schiedsverfahren in Arbeitsstreitigkeiten lehnt sich im wesentlichen an die angelsächsische Schlichtung an. Es führt den sogenannten Sachbearbeiter für das Schlichtungswesen ein, der dem deutschen Schlichtungsrecht von vor 1933 fremd war. Bei diesen Vermittlern handelt es sich um Personen, die bei den obersten Arbeitsbehörden des Landes bestellt werden und die Aufgabe haben, gemeinsam mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern bzw. weiteren Organisationen über Fragen der Arbeitsbedingungen zu beraten. Ihre Hauptaufgabe ist es, Arbeitsstreitigkeiten durch Schiedsverfahren zu schlichten."

Der Landesschlichter hatte tätig zu werden, wenn die Interessen der alliierten Besatzungsmächte berührt waren. Im übrigen handelte es sich nicht um eine Zwangsschlichtung, da in allen sonstigen Fällen der Schlichter nur mit Zustimmung der streitenden Tarifvertragsparteien tätig werden konnte. Allerdings konnte das Ergebnis der Schlichtung nach den Bestim-

[9] Vgl. Dieter Günther, Gewerkschafter im Exil, S. 155.

mungen des Tarifvertragsgesetzes für allgemeinverbindlich erklärt werden.

In dem erwähnten Artikel, der namentlich nicht gezeichnet ist, aber von Martin Krebs verfaßt sein dürfte, heißt es weiter, daß es durch die Einschaltung des „Sachbearbeiters für das Schlichtungswesen" in Schleswig-Holstein gelungen sei, den Ausbruch größerer Arbeitskämpfe zu vermeiden. Nach der beim Bundesarbeitsministerium geführten Bundesstatistik nehme Schleswig-Holstein in der Ausübung der Schlichtertätigkeit den zweiten Platz hinter Nordrhein-Westfalen ein. Danach hat es 1950 in Schleswig-Holstein 29 ganz überwiegend erfolgreiche Schlichtungen gegeben. 1951 betrug die Anzahl bereits 36. Dem standen in den beiden Jahren jeweils vier Streiks oder Aussperrungen gegenüber.

Über Praxis und Ablauf der Schlichtungsverhandlungen berichtete uns Frau S.:

„Ich war als Protokollführerin immer dabei. Von der Möglichkeit, uns anzurufen, machten Arbeitgeber und Gewerkschaften sehr häufig Gebrauch. Wir ließen uns dann die Unterlagen mit den Forderungen und dem Angebot schicken. Dann haben wir das durchgerechnet. Die Forderungen waren damals sehr bescheiden, zwei oder drei Pfennige, und ein wenig Arbeitszeitverkürzung. Zu Beginn der Verhandlungen hatte jede Seite noch einmal Gelegenheit, ihren Standpunkt darzulegen. Die Verhandlungen selbst waren oft sehr langwierig, bis spät in die Nacht hinein. Wenn sich die Parteien nicht einig wurden, baten sie ihn um einen Schiedsspruch. Wir haben uns dann zum Beraten und Überlegen zurückgezogen. Danach hat Martin Krebs seinen Schlichtungsvorschlag vorgelesen, und jede Seite hatte noch einmal Gelegenheit, sich zu äußern. In aller Regel kriegten wir dann den Schiedsspruch zustande.

Martin Krebs war bei diesen Verhandlungen ganz unparteiisch. Er konnte sehr energisch sein und bollerte mitunter auch schon einmal los. Aber zumeist war er sehr verständnisvoll und vermittelnd.

Die Schlichtungstätigkeit bedeutete viel Arbeit für uns, obwohl dies ja eigentlich nur eine Art Nebentätigkeit neben den übrigen Aufgaben war. Wir wurden oft sehr gefordert. Andererseits war es eine sehr befriedigende Tätigkeit. Wir mußten dabei sehr viel im Lande herumreisen. Martin Krebs benutzte diese Gelegenheiten häufig, um die verschiedenen über das Land verstreuten Heime des Jugendaufbauwerkes zu besuchen."

1957 kandidierte Martin Krebs im Eckernförder Wahlkreis für den deutschen Bundestag. Hierzu Bürgermeister Kurt Schulz als langjähriger politischer Weggefährte nach dem Kriege in Eckernförde:

„Martin Krebs hatte damals wohl keine echte Chance. Trotzdem war es eine durchaus ernste Kandidatur. Martin Krebs war ein ‚in der Wolle gefärbter' Sozialdemokrat aus der alten Arbeiterbewegung. Er war ein Fachmann auf vielen Gebieten, und er war Oberregierungsrat. Das bedeutete damals durchaus etwas. Wir waren in Bund und Land in der Opposition, und man muß sich die allgemeinen Verhältnisse und die Struktur der damaligen

SPD vor der Verabschiedung ihres Godesberger Programms vor Augen halten. Martin Krebs war sehr wohl in der Lage, ganz unterschiedliche Wählergruppen anzusprechen."

Einige Monate vor der Bundestagswahl war Martin Krebs mit Vollendung seines 65. Lebensjahres in den Ruhestand getreten. Bis zur Kommunalwahl 1970 blieb er in den Selbstverwaltungsgremien von Stadt und Kreis Eckernförde aktiv, ebenso in den Gremien der Sparkasse und des genossenschaftlichen „Gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmens". Anläßlich seines Rückzuges aus der aktiven Kommunalpolitik ehrte ihn die Stadt Eckernförde mit der Verleihung der Würde eines „Ehrenbürgervorstehers". In der Würdigung umriß der amtierende Bürgervorsteher noch einmal die verschiedenen Stationen und Aktivitäten und hob hervor, daß durch die Verbindungen, die Martin Krebs aus seiner Exilzeit nach Schweden hatte, zur Linderung der Not der Menschen Medikamente, Lebensmittel und Bekleidung im Wert von 1,5 Millionen schwedischen Kronen in den Kreis Eckernförde geflossen seien. Martin Krebs starb am 29. Dezember 1971 trotz recht hohen Alters relativ unverhofft. Sein karitatives Wirken allein wäre Anlaß genug, das Andenken dieses Mannes zu bewahren. Wer ihm gerecht werden will, darf nicht übersehen, daß sein Streben nach persönlichem Fortkommen, sein gewerkschaftliches, politisches und berufliches Engagement und seine vielfältige Hilfstätigkeit voneinander nicht zu trennen sind. Sie sind zugleich verbunden mit den Umständen einer schwierigen Zeit und den Bedingungen einer sozialen und politischen Bewegung, der er sich zugehörig fühlte.